



Antrag

der Abgeordneten **Stefan Schuster, Martin Güll, Martina Fehlner, Andreas Lotte, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Ruth Müller, Klaus Adelt SPD**

A 13 für alle

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit Lehrerinnen und Lehrer an bayerischen Grund- und Mittelschulen genauso vergütet werden können wie Lehrerinnen und Lehrer an weiterführenden Schulen. In Zukunft sollte als Eingangsamt A 13 für alle gelten.

Begründung:

Die Arbeit des Lehrpersonals an Grund- und Mittelschulen ist in den vergangenen Jahren immer anspruchsvoller geworden. Das gilt beispielsweise bei der Umsetzung der Inklusion sowie bei der Integration von Flüchtlingskindern, was gerade Lehrerinnen und Lehrer dort besonders beansprucht. Darüber hinaus haben sich durch die Ausweitung der Angebote – etwa durch die Ganztagschule – neue Aufgaben ergeben.

Gleichzeitig ist der immer größere Lehrermangel insbesondere an dieser Schulart zu spüren. So weist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) darauf hin, dass das Staatsministerium für Unterricht und Kultus versuche, mit der Reduzierung von Teilzeitmöglichkeiten Löcher zu stopfen. Die Maßnahmen dazu sind restriktiv: arbeitsmarktpolitische Beurlaubungen werden ganz abgeschafft, die Antragsteilzeit wird auf ein Minimum von 21 Unterrichtsstunden begrenzt.

Erforderlich ist es aber im Gegenteil, mehr Ressourcen bereitzustellen, statt die beruflichen Gestaltungsmöglichkeiten der Lehrerinnen und Lehrer an den Grund- und Mittelschulen zu beschränken. Um die Bildungsgerechtigkeit zu verbessern und attraktive Arbeitsbedingungen für alle zu schaffen, sollte A 13 als Eingangsamt für alle gelten. Nur so können mehr junge Menschen für den wunderbaren Beruf des Lehrers und der Lehrerin auch an Grund- und Mittelschulen gewonnen werden.